

PRESSEMITTEILUNG
TELEFAX – 1 SEITE

SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

IT-Gründerzentrum für Nürnberg

SPD-Wirtschaftspolitiker kritisieren halbherzige Zusagen der Staatsregierung

Nach der Ministerratssitzung in Nürnberg hatte die Bayerische Staatsregierung zahlreiche Investitionen in Nürnberg und dem nordbayerischen Raum versprochen, darunter auch ein „Gründer- und IT-Zentrum Nürnberg-Fürth“.

„Als SPD drängen wir seit langer Zeit auf ein neues Gründerzentrum. Der Bedarf ist auf jeden Fall vorhanden. Gerade im IT-Bereich braucht die Region einen zusätzlichen Schub um sich im Standortwettbewerb durchzusetzen und neue zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu schaffen“, meint der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Brehm. Zusammen mit der wirtschaftspolitischen Sprecherin der Rathaus-SPD Katja Strohacker drängt Brehm deshalb immer wieder darauf, dass sich seitens der Staatsregierung endlich etwas Sichtbares bewegt.

Auf eine Nachfrage der Landtagsabgeordneten Angelika Weikert antwortet nun Wirtschaftsstaatssekretär Pschierer, dass derzeit die erforderlichen Mittel für ein Gründerzentrum im Haushalt überhaupt nicht zur Verfügung stehen. Stattdessen fördere die Staatsregierung die konkrete Planung und Umsetzung von Gründerzentren in Würzburg, Forchheim, Regensburg und München mit insgesamt 22,5 Millionen Euro. Die Staatsregierung signalisierte für Nürnberg lediglich die grundsätzliche Bereitschaft etwas „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ zu tun. „Das klang diese Tage noch anders“, moniert Strohacker und wundert sich über die widersprüchlichen Verlautbarungen.

Für Brehm und Strohacker ist deshalb absehbar, dass nach der großen Ankündigung lange Zeit wieder nichts passiert. „Wir erleben das auch bei der versprochenen Ansiedlung eines Zentrums für Kultur- und Kreativwirtschaft, das seit 2012 regelmäßig als neues Geschenk verkauft wird. Getan hat sich seitdem trotzdem nichts Spürbares“, kritisiert SPD-Stadtrat Brehm. „Das neue Heimatministerium wurde rechtzeitig zur Wahl mehr oder weniger über Nacht eingerichtet. Wenn es darum geht, etwas mit einem praktischen und konkreten Mehrwert für die Region zu tun, dann lässt sich die Staatsregierung leider Zeit.“

Nürnberg, 10. August 2014